

Ein gedeckter Tisch

Ein österreichischer Geschäftsmann veröffentlicht auf seiner Website Informationen über die Hintermänner des Ibiza-Videos – und über Verbindungen zu einem Geheimdienst.

Von Stephan Löwenstein

WIEN, 2. Juni
Gut zwei Wochen ist es her, dass ein auf Ibiza gedrehtes Video die österreichische Innenpolitik auf den Kopf gestellt hat. Es gab Rücktritte und eine Ministerentlassung, die Koalition aus konservativer ÖVP und rechter FPÖ ist zerbrochen, die ÖVP wurde von einer neuen Ad-hoc-Mehrheit im Parlament per Misstrauensvotum aus dem Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz geschickt. Eine Übergangsregierung bis zur Neuwahl im September wird Anfang dieser Woche vom Bundespräsidenten ernannt werden, geleitet von der bisherigen Verfassungsgerichtspräsidentin Brigitte Bierlein.

Fast ist der Auslöser dieser Kettenreaktion ob der Verwicklungen etwas aus dem Fokus geraten: das Ibiza-Video. Also jene heimlich angefertigte Aufnahme eines Abends in einer Finca auf der spanischen Mittelmeerküste, auf der zu sehen und zu hören ist, wie der damalige FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache und sein Gefolgsmann Johann Gudenus einer vermeintlichen reichen Russin Staatsaufträge in Aussicht stellen, wenn sie mit ihrem Geld die FPÖ unterstütze. Dabei ist inzwischen doch einiges über die Umstände bekannt geworden, unter denen es entstanden ist.

Bekannt ist, dass der Wiener Rechtsanwalt M. den Kontakt mit den beiden Lockvogeln, die auf Ibiza mit Strache und Gudenus sprachen, unter dem Vorwand hergestellt hat, die vermeintliche russische Milliardärsnichte wolle von der Familie Gudenus ein Grundstück kaufen. Dieser Anwalt hat dann auch im Jahr 2017, in dem das Video entstanden ist, und noch einmal in diesem Jahr versucht, die Aufnahmen an Medien oder andere Interessenten zu verkaufen. Der Anwalt hat mittels einer anderen Wiener Rechtsanwaltskanzlei die Stellungnahme abgeben lassen: „Es handelte sich um ein zivilgesellschaftlich motiviertes Projekt, bei dem investigativ-journalistische Wege beschritten wurden.“ Ein verdeckter Kamerasinsatz, um Missstände aufzuzeigen, sei dabei rechtlich durch die Meinungsfreiheit gedeckt, der Anwalt habe sich nichts zuschulden kommen lassen.

Bekannt ist auch, wer der Begleiter der jungen Frau war, die die reiche Russin begleitet hat. Er nannte sich „Julian Thaler“, sein wirklicher Name klingt ähnlich und beginnt mit H. Es ist ein Österreicher, der auch in München und anderen Orten mit Detektivbüros Firmensitze angemeldet hatte; allerdings führt seine Münchner Adresse (inzwischen) zu einer Anwaltskanzlei, er selbst ist nicht erreichbar. H. war in Österreich in der Sicherheitsbranche tätig. Identifiziert wurde er durch einen früheren Kollegen, Sascha Wandl. Der hatte ihn und andere in einer Selbstanzeige wegen angeblicher Betriebsespionage für ein österreichisches Bauunternehmen mit beschuldigt – die beiden werden sich voraussichtlich Ende dieses Monats wegen einer Verleumdungsklage vor Gericht sehen. H. ging zusammen mit seinen Kompagnons S. und K. vor, zwei Männer mit bosnischen Wurzeln, die lange schon in Österreich leben. Gegen die drei – sowie gegen „unbekannte Täter“ – ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Täuschung, missbräuchliche Aufnahmen und Urkundenfälschung. Ob M. Auftraggeber war oder selbst einen Auftraggeber hatte, gehört zu den offenen Fragen.

Vorantgetrieben hat die Berichterstattung über die Hersteller des Videos eine Website, die bis dahin kaum bekannt war: „eu-infothek.com“. Als Herausgeber firmiert Professor Gert Schmidt. Wenn man den Begriff „schillernde Person“ anwenden möchte, dann kann man das hier gewiss tun. Seine wirtschaftlichen Engagements sind vielfältig: ein Hotel am Golf von Thailand, ein Online-Versandhandel



Ausgestattet von einem österreichischen Geheimdienst? Die Villa auf Ibiza, in der Straches Gespräch mit der angeblichen russischen Oligarchin stattgefunden hat.

Foto Imago

für Dessous in größeren Größen, eine Website, die dem Kampf gegen illegales Glücksspiel sowie Betrug und Geldwäsche in diesem Zusammenhang verschrieben ist, und eine Detektei namens Omnia. Und eben die „Infothek“. An einer Universität lehrt Schmidt nicht, der Titel „Professor“ wurde ihm 2010 durch den Bundespräsidenten verliehen.

Schmidts Geschichte läuft darauf hinaus: H. und seine Kompagnons, von denen mindestens einer ebenfalls aktiv an der Entstehung und dem Verkauf des Videos beteiligt war, verfielen gemeinsam mit M. auf den Plan, den FPÖ-Granden politisch skandalöse Aussagen zu entlocken, um das Material dann gewinnbringend zu verkaufen. Es wäre demnach zumindest den drei Sicherheitsleuten in erster Linie um Geld gegangen. Sie fädelten den Kontakt zu Strache über Gudenus wie bekannt ein und zogen die Geschichte auf Ibiza durch. Den Lockvogel soll dabei eine attraktive Frau mit einem Tagessatz von 7000 Euro abgegeben haben, die nicht nur perfekt Russisch spreche, sondern auch als frühere Agrarstudentin über die landwirtschaftlichen Themen, unter deren Vorwand der Kontakt angebahnt worden war, mit Kenntnis gesprochen habe.

„Es waren drei Personen aktiv an der Entstehung und dem Verkauf des Videos beteiligt, zumindest eine weitere Person darüber bestens informiert“, sagt Schmidt. Seine Informationen habe er von den beiden Kompagnons, mit denen er in der Nähe von Salzburg ein Treffen gehabt habe. Dabei hängt die beiden auch ständig in Kontakt mit H. gestanden. Und sie hätten weitere brisante Details preisgegeben. So soll zum Beispiel ein „österreichischer Geheimdienst“ den „Sicherheitsunternehmern“ die Finca auf Ibiza genannt haben. „Das ist Ergebnis der Aussage der beiden Herren, wobei einer ein Geheimdienstmann ist, der viele Jahre für den Geheimdienst eines balkanischen Staates Verbindungsoffizier zum österreichischen Geheimdienst war. Und diese beiden Herren haben mir berichtet, dass die ehemaligen Kollegen diese Adresse genannt haben, als sie gefragt haben, habt ihr eine Idee? Ob sie dabei erzählt haben, was konkret sie vorhaben, habe ich sie nicht gefragt. Aber ich gehe davon aus, denn sonst hätte man ihnen nicht eine so gute Adresse genannt, die ja sehr geeignet ist für diese Zwecke.“

Eine gute Adresse? „Die zwei Informanten, der Sicherheitsmann und der ehemalige Geheimdienstmann, haben gemeint, dass es sich hier um ein Haus handle, wie es in dieser Art in mehreren Ländern von den Geheimdiensten benutzt wird.“ Es sei präpariert für verdeckte Operationen verschiedenster Art. Dort könne man vermeintliche Täter oder jene, die man aufspüren will, hinlocken. Das Haus sei technisch dermaßen ausgerüstet, dass man von allen Orten, wenn man den Source-Code des Zugriffs für die Internetverbindung habe, alles live mit ansehen und mitschneiden könne. „Die haben gesagt, das war ein gedeckter Tisch. Sie haben

ein paar Kleinigkeiten präpariert, aber im Prinzip war das ein vorbereitetes Haus und ist es noch immer wahrscheinlich.“ Bedeutet das, dass auch Geheimdienste, die den Internetzugriff hatten, Strache und Gudenus bei ihrem peinlichen Auftritt betrachten konnten? Also zum Beispiel die Österreicher, von denen der Tipp ja gekommen sein soll, oder auch die Spanier, unter deren Nase das Ganze sich abspielte? „Technisch kein Problem.“ Den Produzenten des Videos habe das auch klar sein müssen. „Die haben, was Sicherheitsfragen betrifft, ein hohes Wissen und sind entsprechend ausgerüstet. Die wissen das.“ Und umgekehrt müsste mindestens den angeblichen Mittelsmännern im österreichischen Dienst der Plot bekannt gewesen sein. „Wenn ich ein Haus empfohlen bekomme, dann weiß zumindest der, der es empfohlen hat, wer ich bin und was ich tue.“

Um welchen „Geheimdienst“ es sich handeln soll, bleibt ungesagt. Aber eigentlich kommt in erster Linie das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in Frage. Die anderen beiden österreichischen Nachrichtendienste sind militärisch geführt, das BVT untersteht dem Innenministerium. Die Sicherheitsfirma von H. soll früher auch für das Innenministerium und das BVT Aufträge übernommen haben. Dieser Konnex, wenn das so stimmt, wäre politisch hochbrisant. Innenministerium und BVT galten als „schwarze“ Hochburgen. Als nach Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition der „blaue“ Chefstrategie Herbert Kickl Innenminister wurde, gehörte zu den ersten Aktionen eine Razzia im BVT. Enge Mitarbeiter Kickls hatten die Staatsanwaltschaft dahingehend bearbeitet, dass sie die Razzia über Nacht anordnete, sie hatten dafür eifrig Gründe zusammengetragen, die sich später als fadenscheinig herausstellten.

Ein Verdacht in dieser „BVT-Affäre“ lautete bisher, Kickl habe das Extremismus-Referat einschüchtern wollen. Jetzt stellt sich die Frage: War das Ibiza-Video das eigentliche Ziel? Der inzwischen entlassene Kickl selbst hat den Konnex jetzt hergestellt. Er schimpft darüber, dass die „schwarze“ ÖVP das Innenministerium als Machtinstrument wieder habe in die Hand bekommen wollen, was der eigentliche Grund für den Koalitionsbruch sei. Und er raunte vielfach, da würden noch Dinge ans Licht kommen, die andere Parteien bloßstellen würden. Der frühere BVT-Spionagechef P. hat allerdings in der Zeitung „Kurier“ nachdrücklich bestreiten lassen, dass er oder der Dienst das Video gekannt hätten. Das Gerücht sei „absurd“. Wenn allerdings dieses Gerücht in der FPÖ kursierte, dann könne das „erklären, warum vergangenes Jahr massiver Druck aufgebaut wurde, gegen den Nachrichtendienst und dessen Leiter vorzugehen, und warum bei der unrechtmäßigen Hausdurchsuchung vor allem Datenträger und DVDs mitgenommen wurden.“

Eine andere politisch brisante Frage dreht sich um den Verkauf des Videos und darum, wer sonst seit 2017 alles von

dessen Existenz wusste. Bekannt ist, dass das Video damals österreichischen Medien angeboten wurde – auch wenn in den Berichten bisher keine Zeitung ausdrücklich schrieb, dass sie damals zu den Adressaten gehörte. Zunächst aber wurde offenbar der Bauunternehmer Haselsteiner und seine Firma Strabag adressiert. Der Gedanke mag für die „Ibiza“-Bande nahegelegen haben, denn ihre Sicherheitsfirma war für Unternehmen der Baubranche tätig gewesen. Zu den skandalösen Passagen des Videos gehört die, in der Strache der vermeintlichen Oligarchen nichte in Aussicht stellt, ihr Bauaufträge zuzuschicken, für die bislang die Strabag den Zuschlag bekomme. Und auf Haselsteiner sei er, Strache, ohnehin nicht gut zu sprechen. Haselsteiner unterstützt unter anderem die liberale Partei Neos.

Anwalt M., der für den Verkauf des Materials zuständig war, soll 2017 an den Lobbyisten Zoltan Aczel herangetreten sein, der unter anderem für die Strabag tätig war. Das hat Aczel in der Wiener „Presse“ bestätigt: Man habe fünf Millionen Euro für das Video verlangt, das er sogar auszugeweiht habe einsehen können. Aczel habe das Ansinnen zurückgewiesen, wegen des „aberwitzigen“ Preises und weil die Strabag grundsätzlich nicht für Erpressung zahle. Und er habe Haselsteiner nie etwas davon erzählt, bis die Sache jetzt herauskam. Aczel war früher Funktionär der Partei „Liberales Forum“, die inzwischen in den Neos aufgegangen ist. Auch ein Mittelsmann der SPÖ soll kompromittierendes Material über Strache und Gudenus angeboten worden sein, auch er soll das abgelehnt haben, ohne es nach oben zu melden. Es ist also immerhin bemerkenswert, wie viele in Politik und Medien vernetzte Personen schon lange Kenntnis von der Existenz des Videos hatten, das die Öffentlichkeit jetzt so überrascht hat.

Nachdem die Gruppe 2017 auf dem Material sitzenblieb, versuchte sie es die

ses Mal aufs Neue. Wer hat es jetzt gekauft? Schmidt sagt, seine Gewährsleute hätten ausdrücklich das „Zentrum für Politische Schönheit“ genannt, einen deutschen Verein von linken Aktionskünstlern. Schmidt sagt, er habe davon bis dahin nie gehört und gelacht, als er den seltsamen Namen gehört habe. Die angeblichen Modalitäten des Geschäfts klingen abenteuerlich. Man habe sich auf 600 000 Euro geeinigt. Die Abnehmer hätten nicht einfach das Video kaufen wollen. Sie hätten zuerst vorgeschlagen, die Verkäufer sollten ein billiges Gemälde besorgen, einen Schätzer finden, der es teuer veranschlagt, und es dann für diesen Preis verkaufen. Stattdessen habe man sich auf eine Abwicklung in Krügergoldmünzen im Wert von 600 000 Euro geeinigt. Das „Zentrum für politische Schönheit“ hat eine Beteiligung an der Verbreitung des Videos dementiert.

Schmidts Berichte wurden von den meisten Medien bisher äußerst vorsichtig angefasst. Er erzählt beispielsweise, mehrere deutsche Sendeanstalten hätten lange Interviews mit ihm gedreht, aber nie gesendet. Ausführlich kam er bislang im österreichischen Boulevardkanal oe24 zu Wort. Die Behauptungen über die Geheimdienst-Verbindung und den Krügergold-Verkauf beruhen auf Schmidts Angaben über seine Gespräche mit ungenannten Informanten. Allerdings ist nicht zu bestreiten, dass er die Medien mit seinen Enthüllungen bislang erfolgreich vor sich hergetrieben hat, und nichts von dem, was bislang bestätigt wurde, hat Schmidt widerlegt.

Dann bleibt allerdings noch eine interessante Frage: Mit welchem Interesse macht er das? Immerhin nährt manches von dem, was Schmidt angibt, die Lesart, die die FPÖ und besonders Kickl der Affäre geben möchten. Schmidt sagt, Mitglied der FPÖ sei er nicht, und Gudenus (als dessen Freund er hier und da dargestellt wurde) habe er erst jetzt bei seinen Recherchen kennengelernt. Die Info-Seite ist offensichtlich ein Zuschussprodukt: Weder werden die Artikel verkauft, noch wird nennenswert Werbung plaziert. Schmidt sagt, sei sie „eine Art Hobby von mir“. Bekannt und unbestritten ist seine Zusammenarbeit mit der Glücksspielindustrie. Das Personal der Website sei das der Detektei Omnia, und deren „Techniker, Ingenieure, Forensiker und Rechercheure“ betrieben auch die Seite „spieleinfo.at“. Gesetz und Rechtsprechung verlangen von den legalen Glücksspiel-Konzessionären den Kampf gegen illegales Glücksspiel. „Das wird ausgelagert an Firmen und Personen, welche dazu die nötige Expertise haben.“ Und sein Motiv für das Ibiza-Engagement? „Diese Geschichte hat mich betroffen gemacht. Ich habe mich gefragt: Wie kann man so dumm sein, was ist da passiert, wer sind die Hintermänner? Ich als Bürger bin empört, dass man den Wählerwillen nicht akzeptiert und durch solche Methoden konterkariert, dann riskiert man die Demokratie. Morgen trifft es vielleicht einen von einer anderen Partei.“



Aufklärer? Schmidt

Foto Stephan Löwenstein

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs herausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger (nt); für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Stobels (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.); Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarischen Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungsweiten: Dr. n. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philipp Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müll-

er-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reisblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

DIGITALE PRODUKTE: Carsten Knop (Chefredakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.

Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 1. Januar 2019 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2019 an. Internet: faz.media

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 67,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 74,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 33,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschul-anzeiger 34,00 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 38,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 75,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemei-

nen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 48,90 €. Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 31,40 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnem. E-Paper) 17,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 2,00 €; der digitalen F.A.S. 3,50 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nicht anders ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2901. Für

die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN
DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhusenstraße 4–6, 64546 Miefeld-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antilichs Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf; Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (069) 7591-80 89 20; Redaktion (0 69) 7591-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbrieife@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für jeden etwas dabei

Die Übergangsregierung in Österreich steht

Von Stephan Löwenstein

WIEN, 2. Juni. Die Übergangsregierung, die Österreich nach dem Zerbrechen der ÖVP-FPÖ-Koalition bis zur Neuwahl im Herbst führen soll, wird von der designierten Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und Bundespräsident Alexander Van der Bellen so gebildet, dass alle größeren Parlamentsparteien mit ihren Wünschen zum Zuge kommen. Das zeigen die Namen, die am Sonntag bestätigt wurden. Es sind vorwiegend Spitzenbeamte, die infolge ihres Karrierewegs dieser oder jener Partei als nahestehend gelten. Um einen Posten war zuvor ein heftiger Streit entbrannt: Der offenbar für das Amt des Innenministers vorgesehene oberösterreichische Landespolizeidirektor Andreas Pilsil wurde von der FPÖ sowie der Liste Jetzt nachdrücklich abgelehnt. Stattdessen wird nun Wolfgang Peschorn Innenminister, bisher Präsident der Finanzprokuratur.

Für das Amt des Finanzministers ist Eduard Müller vorgesehen, bislang Sektionschef für Personal im Finanzministerium. Müller gilt als „Schwarzer“, der Karrierebeamte wurde nach einem Ausflug als Geschäftsführer in der Privatwirtschaft unter dem früheren Finanzminister Schelling (ÖVP) für den hohen Beamtenposten zurückgeholt. Sozialministerin wird Brigitte Zarfl, die an gleicher Stelle im jahrzehntelangen „rot“ besetzter Sozialministerium tätig war. „Blau“ bleibt auch nach dem Abgang von Norbert Hofer (FPÖ) das Infrastrukturministerium, Generalsekretär Andreas Reichardt rückt auf. Verteidigungsminister wird Van der Bells Adjutant, Generalmajor Thomas Starlinger, Landwirtschaftsministerin Maria Patek, Wirtschaftsministerin Elisabeth Udolf-Ströbl, Bildungsministerin Iris Elisa Rauskala, Frauenministerin Ines Stilling (alle vier zuletzt Sektionschefsinnen).

Genannt hatte Bierlein schon bei ihrer Vorstellung vergangenen Donnerstag Clemens Jabloner, emeritierter Verfassungsgerichtspräsident, als Justizminister und Vizekanzler sowie Alexander Schallenberg, Diplomat und Europa-Sektionschef im Kanzleramt, als Außenminister. Van der Bellen habe die Vorschläge der designierten Kanzlerin akzeptiert und mit allen zu ernennenden Ministerinnen und Ministern Gespräche geführt, bestätigte ein Sprecher am Sonntag. Der Bundespräsident will die Regierung an diesem Montag in der Hofburg angetrieben (vereidigen).

Was Pilsil betrifft, machte offenbar die Ablehnung durch FPÖ und Jetzt Eindruck. Bierlein und Van der Bellen wollten erklärtermaßen eine Regierung zusammenstellen, die den Konsens oder wenigstens die Duldung aller Parteien findet und nicht Gefahr läuft, wie das Kabinett von Sebastian Kurz (ÖVP) per parlamentarisches Misstrauensvotum gestürzt zu werden. Der Gendarmeriebeamte Pilsil rückte einst unter dem ÖVP-Politiker Ernst Strasser ins Innenministerium auf, wo er auch unter den folgenden „schwarzen“ Ressortchefs Günther Platter und Liese Prokop diente. Außerdem ist er ÖVP-Gemeinderat in einer oberösterreichischen Ortschaft.

Gegen diese Personalie wandte sich die FPÖ in einer wütenden Mitteilung, die ihr Generalsekretär Christian Hafenecker am Sonntag verbreitete: Pilsil sei ein „Strasser-Mann und Kandidat der alten schwarzen BMI-Netzwerke“. Das „eigentliche Ziel“ der ÖVP sei nun die „Rückeroberung des BMI“. Um das zu erreichen, sei der frühere Bundeskanzler und ÖVP-Vorsitzende Sebastian Kurz bereit gewesen, die Regierung zu opfern, sagte er. „Warum dieses Ziel für die ÖVP just einen Tag nach Auftauchen des Ibiza-Videos eine so zentrale Bedeutung erlangt hat, ist die spannendste Frage in diesen politisch hochinteressanten Tagen“, orakelte Hafenecker. Die FPÖ blieb aber nicht allein mit dieser Lesart. Ihr schloss sich der Abgeordnete Peter Pilz an, Anführer (wenn auch nicht Vorsitzender) der Grünen-Abspaltung „Liste Jetzt“: „Die Installierung Pilsils als Innenminister ist der Versuch der ÖVP, das Innenministerium von der FPÖ wieder zurück in den Besitz der eigenen Partei zu bringen.“ Pilz hatte einen Misstrauensantrag gegen Pilsil angedroht, sollte er zum Innenminister ernannt werden. Das ist nun abgewendet. (Kommentar Seite 8.)